

„Mehr Sicherheit für Kinder“

Bürgermeister Schulz möchte Querungshilfe an Ortsdurchfahrt in Westerholz

VON CAROLA HUSSAK



Nach Ansicht von Wesendorfs Bürgermeister Holger Schulz ist es für Kinder zu gefährlich, die links aus der Straße „Horst“ kommen und die Hauptstraße queren müssen, um zur Bushaltestelle zu gelangen. Foto: Hussak

Westerholz – Die Ortsdurchfahrt in Westerholz bereitet Wesendorfs Bürgermeister Holger Schulz Kopfzerbrechen. Zu gefährlich sei es für Kinder. Sie müssten die Hauptstraße queren, um zur Bushaltestelle zu gelangen. Besonders im Blick hat der Bürgermeister die Kinder aus dem Baugebiet „Schwalbenring“.

„Bereits vor fünf Jahren haben wir Gespräche mit der Landkreisverwaltung und der Landesstraßenbaubehörde Wolfsburg geführt – mit dem Ergebnis abzuwarten“, zeigt Schulz Unverständnis. „Muss denn erst etwas passieren?“ Wie Schulz im IK-Gespräch informiert, sei vor wenigen Monaten ein Kind angefahren worden. Schlimmeres sei wohl nicht passiert, aber dennoch ist die Situation für den Bürgermeister nicht tragbar. Im April habe es erneut einen Termin vor Ort gegeben. „Eine Beschilderung hat der Landkreis abgelehnt“,

sagt Schulz. Für eine Ampel würden die Fußgängerzahlen nicht ausreichen und auch für eine Querungshilfe werde kein Bedarf gesehen. Landkreis, die Landesstraßenbaubehörde und auch die Polizei hätten sich dafür ausgesprochen, dass, wenn die Gemeinde eine Querungshilfe möchte, sie diese selber bauen müsste. „Das wären locker 300 000 Euro, die auf die Gemeinde zukommen würden“, beziffert Schulz die Kosten.

Anders sieht das bei LED-Tafeln aus, die das Tempo der Autofahrer anzeigen. „Die Installation sogenannter Dialog-Displays, mit denen Verkehrsteilnehmer beispielsweise durch Smileys auf ihr Fahrverhalten aufmerksam gemacht werden, könnte ohne Zustimmung der Straßenverkehrsbehörde erfolgen“, erläutert Friederike Herlemann, Pressesprecherin des Landkreises Gifhorn. Dies erfolge in der Regel durch die Gemeinden. Laut den Erfahrungsberichten der Gemeinden könnten diese (zumindest zeitweise) tatsächlich einen positiven Effekt auf das Fahrverhalten erwirken. Bereits vor einigen Wochen hat die Gemeinde schließlich zwei Displays aufgestellt. Schulz möchte weiterhin mit den Behörden verhandeln.

„Mir ist Westerholz als Unfallschwerpunkt nicht bekannt. Wir als Polizei können nur beratend tätig sein. Entscheidungen muss die zuständige Behörde treffen“, weiß Gifhorns Polizeipressesprecher Christoph Nowak. Das bestätigt auch Herlemann: „An der Kreuzung L 286/Horst in Westerholz liegt der Polizei in den letzten drei Jahren kein angezeigter Unfall vor.“

Zum Thema Beschilderung entgegnet Herlemann: „Die Anordnung von Verkehrszeichen kann aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs getroffen werden. Hierbei ist eine Anhörung der Polizei und der Landesstraßenbaubehörde zwingend vorgeschrieben. Beide haben sich in diesem Fall gegen eine Anordnung von Verkehrszeichen ausgesprochen.“ Die Begründung: Für die Umsetzung verkehrsbehördlicher Maßnahmen könnten nur polizeilich aufgenommene Unfälle verwertet werden, da diese nähere Ermittlungen zu den Hintergründen durchführt und entsprechend erforderliche Maßnahmen daraus schließen kann. Die Verkehrsteilnehmer hätten eine gute Sicht auf das Bushaltestellenschild, welches bereits eine Signalwirkung für die anfahrenden Verkehrsteilnehmer entfalte, dass an dieser Stelle mit querenden Personen zu rechnen sei.